

## RÜCKBLICK HERBSTSESSION

In der Herbstsession der eidgenössischen Räte wurden die nachfolgenden Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte behandelt / neu eingereicht:

### Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

#### [Motion 25.3972](#) «*Baueinsprachen: Schutzwürdige Interessen klar definieren*»

- **Eingereicht** durch Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger, Die Mitte LU
- **Worum es geht:** Die heutige Rechtslage ermöglicht es, Bau- und Entwicklungsprojekte bereits durch geringfügige Einsprache teilweise über Jahre hinweg zu verzögern, wenn nicht sogar gänzlich zu verhindern. Dies zeigt sich auch im Wohnungsbau: Einsprachen sind der häufigste Grund für Verzögerungen und Projektabbrüche.
- **Forderung der Motion:** Der Bundesrat soll dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreiten, welche die Einsprachemöglichkeiten bei Bau- und Raumplanungsverfahren präzisiert. Zur Einsprache berechtigt sein soll, wer durch ein Projekt direkt und besonders betroffen ist, also ein «schutzwürdiges Interesse» nachweisen kann.
- **Position VIS:** Der VIS unterstützt die Motion.

#### [Motion 25.3973](#) «*Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren*»

- **Eingereicht** durch Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger, Die Mitte LU
- **Worum es geht:** Einsprachen bei Bau- und Entwicklungsprojekten dienen oftmals nicht dem Schutz öffentlicher Interessen, sondern der Durchsetzung privater Vorteile. Die durch die Einsprachen entstehenden Verzögerungen und Risiken haben die Bauherrschaft und Investoren zu tragen – jene, welche die Einsprache erheben, tragen allerdings keine rechtlichen oder finanziellen Konsequenzen.
- **Forderung der Motion:** Der Bundesrat soll eine gesetzliche Grundlage schaffen, um missbräuchliche Einsprachen zu sanktionieren. Ziel ist es, dass jene, welche eine Einsprache ohne schutzwürdiges Interesse erheben, künftig zur Kostenübernahme oder gegebenenfalls zu Schadenersatz verpflichtet werden.
- **Position VIS:** Der VIS unterstützt die Motion.

#### [Motion 25.4247](#) «*Hitzeschutz im Mietrecht: Klare Regeln für Mietzinsreduktionen*»

- **Eingereicht** durch Nationalrätin Franziska Ryser, Grüne SG
- **Worum es geht:** Der Klimawandel bringt steigende Temperaturen mit sich, was sich zunehmend auf den Wohnkomfort auswirkt. Insbesondere die Gebäude in dicht bebauten Zentren heizen sich im Sommer stark auf. Nicht nur zu tiefe, sondern auch zu hohe Temperaturen gelten im Mietrecht als Mangel, allerdings fehlt eine klare Regelung für Mietzinsreduktionen.
- **Forderung der Motion:** Der Motion soll die gesetzlichen Grundlagen so anpassen, dass übermässige Innenraumtemperaturen in Mietobjekten als Mängel im Sinne des Obligationenrechts klar geregelt werden.
- **Position VIS:** Der VIS lehnt die Motion ab.

## Entscheide während der Herbstsession

### [Motion 25.3708](#) «Strategie zur qualitätsvollen Transformation in Agglomerationen und für zu verdichtende Räume»

- **Eingereicht** durch Ständerätin Heidi Z'Graggen, Die Mitte UR
- **Worum es geht:** Die Siedlungsfläche der Schweiz besteht heute aus funktional getrennten und zersiedelten Räumen. Diese Räume sollen in Orte umgewandelt werden, welche das Wohnen, Arbeiten und Erholen verbinden.
- **Forderung der Motion:** In Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden soll der Bundesrat eine nationale Strategie für die qualitative Transformation der Agglomerationen und Übergangsräume entwickeln.
- **Stand der Beratung:** Während Herbstsession 2025 vom Ständerat abgelehnt, das Geschäft ist damit erledigt.
- **Position VIS:** Ablehnung der Motion, da schon ausreichende Strategien, Planungshilfen, Umsetzungs- und Förderinstrumente des Bundes vorliegen.

### [Geschäft des Bundesrates 23.086](#) «Investitionsprüfgesetz»

- **Worum es geht:** Der Bundesrat hat 2023 widerwillig (aufgrund einer überwiesenen Motion) die Botschaft für ein Investitionsprüfgesetz verabschiedet. Damit sollen Übernahmen von inländischen Unternehmen durch ausländische Investoren verhindert werden können, wenn solche Übernahmen die öffentliche Ordnung und/oder Sicherheit der Schweiz gefährden. Ausländische Investitionen bleiben grundsätzlich erlaubt, würden allerdings neu einer Genehmigungspflicht unterstehen.
- **Stand der Beratung:**
  - Der Nationalrat will die Kontrolle auf nichtstaatliche Investoren ausweiten.
  - Der Ständerat hat in der Herbstsession 2025 die Ausweitung durch den Nationalrat korrigiert: Er strich den Zusatz, wonach auch Übernahmen überprüft werden müssen, wenn diese die Versorgung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen gefährden oder bedrohen, und schloss sich damit dem Bundesrat an.
  - Die Vorlage geht nun zur nochmaligen Behandlung in die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) und in den Nationalrat.
- **Position VIS:** Seit Beginn der Beratungen spricht sich der VIS klar gegen Investitionskontrollen aus. Die Kontrollen verursachen hohe administrative Kosten für die öffentliche Hand und die Wirtschaft und machen Investitionen in der Schweiz unattraktiver. Zudem gibt es bereits genügend gesetzliche Grundlagen und Mechanismen, um den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten.

## Glossar

- Mit einer **Motion** gibt das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass dem Parlament vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.
- **Geschäfte des Bundesrates** sind Botschaften und Berichte des Bundesrates, welche dem Parlament unterbreitet werden. Mit einer Botschaft kann der Bundesrat dem Parlament beispielsweise mehrere Erlassentwürfe vorlegen.